



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Stellungnahme

zum

Postulat

Nr. 537 2004/2009

von David Roth und Ylfete Fanaj

namens der SP-Fraktion

vom 9. September 2009

(StB 1012 vom 2. Dezember 2009)

**Wurde anlässlich 2. Rats-
sitzung vom 14.1.2010
überwiesen**

Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen – Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger weiterbeschäftigen

Der Stadtrat nimmt zum Postulat wie folgt Stellung:

Das Postulat thematisiert die Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz und im Besonderen die Rolle der Stadt Luzern bei den Lehrabgängerinnen und -abgängern. Das Staatssekretariat für Wirtschaft seco erwartet für das Jahr 2010 eine Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz unter den 15- bis 24-Jährigen von 6,0 % oder von zirka 33'000 jungen Männer und Frauen; für alle Arbeitslose von 5 %.

Die aktuellen Arbeitslosenzahlen unter den 15- bis 24-Jährigen sind in der Schweiz per Ende Oktober 2009 29'186 bzw. 5,3 %, im Kanton Luzern 1'296 bzw. 4,3 % und in der Stadt Luzern 182 Jugendliche bzw. 4,3 %. Die Zahlen für alle Arbeitslosen sind per Ende Oktober 2009 insgesamt 4,0 % für die Schweiz, für den Kanton Luzern 3,1 % und für die Stadt Luzern 3,5 %.

Das seco hat im Rahmen der Arbeitslosenversicherung einen Massnahmenkatalog zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beschlossen. Dazu gehören beispielsweise folgende Instrumente: Gewährung von Einarbeitungszuschüssen, damit Arbeitgeber zusätzlich jugendliche Arbeitnehmende beschäftigen, Schaffung von Weiterbildungsmöglichkeiten inkl. Auslandsaufenthalten und finanzielle Mittel für Arbeitgeber zur Bereitstellung von Berufspraktika. Zuständig für die Umsetzung dieser Massnahmen sind die kantonalen Instanzen, beim Kanton Luzern ist dies die Dienststelle Wirtschaft und Arbeit (wira).

Die Postulanten fokussieren ihre Anliegen auf den Bereich der Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger bei der Arbeitgeberin Stadt Luzern. Sie halten fest, dass es für diese jungen Menschen ganz wichtig ist, nach der Lehre eine Anstellung zu haben. Der Stadtrat hat bereits im Frühling 2009 das Personalamt beauftragt, die Situation bei den städtischen Lehrabgängerinnen und -abgängern zu analysieren. Mit Beschluss 485 vom 10. Juni 2009 genehmigte der Stadtrat einen Nachtragskredit zur Schaffung von zusätzlichen Stellen für 10 Lehrabgängerinnen und -abgänger im Betrage von Fr. 150'000.–. Die Stellen sind für eine erste Etappe von

Stadt Luzern
Sekretariat Grosser Stadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 82 13
Fax: 041 208 88 77
E-Mail: sk.grstr@stadtluzern.ch
www.stadtluzern.ch

sechs Monaten Anstellungsdauer vorgesehen und sollen dann etappenweise bis max. 2 Jahre verlängert werden können, wenn die Stelleninhaberinnen und -inhaber keine Stelle bei einem anderen Arbeitgeber gefunden haben. Die Stadt Luzern hat bis jetzt die Strategie verfolgt, dass die Lehrabgängerinnen und -abgänger nach der Lehre zu einem anderen Arbeitgeber wechseln sollten. Mittelfristig sind damit ihre Chancen im Arbeitsmarkt grösser, da sie einen anderen Betrieb kennen gelernt haben und dadurch über ein noch grösseres Wissen und Können sowie erste Erfahrungen verfügen.

Zur Zeit des Stadtratbeschlusses im Juni 2009 waren 10 Lehrabgängerinnen und -abgänger ohne Stelle, und dies von total 39. Insgesamt bildet die Stadt Luzern 107 Lernende in 20 verschiedenen Berufen aus. Diese Anzahl Lernende entspricht 6,3% des gesamten Personalbestandes. Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie empfiehlt den Arbeitgebern, 5% Lernende auszubilden. Die Stadt übernimmt hier also eine Vorbildfunktion.

Bis zum Lehrabschluss im August haben von diesen oben erwähnten 10 Lehrabgängerinnen und -abgängern 6 eine Stelle bei einem anderen Arbeitgeber gefunden. Die grundsätzliche Strategie der Stadt Luzern, die Lernenden zu motivieren, extern eine Stelle zu finden, hat sich also dieses Jahr bewährt. Es waren noch 4 Lehrabgängerinnen und -abgänger ohne Stelle. Diese 4 wurden im Rahmen des erwähnten Stadtratsbeschlusses bei der Stadt Luzern für eine erste Etappe von 6 Monaten weiterbeschäftigt. Finden sie keine externe Stelle, wird ihre Anstellung bei der Stadt um weitere 6 Monate verlängert und dies bis max. 2 Jahre. Und dies im Sinne eines Brückenangebotes.

Im Postulat wird auch nach der Situation bei den Lehrabgängerinnen und -abgängern bei den Tochtergesellschaften der Stadt Luzern gefragt. Die ewl und die vbl sind im vollen Aktieneigentum der Stadt, werden aber als eigenständige Unternehmungen geführt. Üblicherweise nimmt der Stadtrat im Rahmen der Beantwortung eines Postulates keine Stellung zur Situation bei der ewl und der vbl. Da es sich hier um ein gesellschaftspolitisch relevantes Thema handelt, wird an dieser Stelle auch über die Situation der Lehrabgängerinnen und -abgänger bei der vbl und der ewl informiert. Die ewl haben insgesamt 15 Lernende in 5 Lehrberufen. Davon haben im Sommer 2009 3 Lehrabgängerinnen und -abgänger abgeschlossen. Sie haben eine Anstellung gefunden. Bei den vbl sind 10 Lernende in 3 Berufen in Ausbildung. 3 Lehrabgängerinnen und -abgänger haben im Sommer abgeschlossen. 2 konnten bei der vbl bleiben und eine Person ging in einen Sprachaufenthalt.

Zusammengefasst können die Fragen im Postulat wie folgt positiv beantwortet werden:

Die Stadt Luzern verfolgt die Strategie, dass Lernende nach Lehrabschluss bei einem anderen Arbeitgeber eine Anstellung finden. Mit Stadtratsbeschluss 485 vom 10. Juni 2009 wurde die Möglichkeit der Weiterbeschäftigung von Lehrabgängerinnen und -abgängern geschaffen, sofern sie keine Stelle gefunden haben. Der Stadtratsbeschluss sieht eine Frist von 6 Monaten vor. Diese soll im Sinne eines Brückenangebotes um jeweils 6 Monate verlängert werden bis maximal 2 Jahre, wie dies andere öffentliche Arbeitgeber auch machen.

Für 2010 werden die nötigen finanziellen Mittel über Nachtragskredite zur Verfügung gestellt. Aufgrund einer Analyse der Arbeitsmarktsituation wird entschieden, ob im Voranschlag 2011 ordentliche Mittel dafür eingestellt werden müssen.

Die verantwortlichen Führungspersonen bei der ewl und der vbl haben der Stadt Luzern mitgeteilt, dass auch sie ihre Verantwortung wahrnehmen und für alle Lehrabgängerinnen und -abgänger Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten schaffen werden, wenn sie über keine Anstellung nach der Lehre verfügen.

Diese zusätzlichen finanziellen Mittel für die Schaffung der Stellen bei der Stadt Luzern, der vbl und der ewl gehen nicht auf Kosten von Ausbildungsplätzen.

Bei der Stadt Luzern ist eine Entwicklung im Gange, die zu mehr Ausbildungsplätzen führen wird. Im Bereich der Heime und Alterssiedlungen (HAS) werden in den nächsten Jahren zusätzliche Ausbildungsplätze für Fachangestellte Gesundheit und Fachangestellte Beratung geschaffen. Dies stellt eines der Instrumente dar, den wachsenden Bedarf an ausgebildeten Mitarbeitenden mittelfristig sichern zu können. Ebenso wurden die Ausbildungsplätze für kaufmännische Berufe erhöht.

Auch das ist ein Beitrag der Stadt Luzern zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Stadtrat von Luzern

